



Bildungsministerin Schavan für flexiblere Wege in die Berufsausbildung

Bericht über die Sitzung 3/2006 des Hauptausschusses des BIBB am 13. Dezember 2006 in Berlin

GUNTHER SPILLNER

Auf Einladung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) nahm die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette SCHAVAN, MdB, an dieser dritten und letzten Sitzung im Jahr 2006 teil, um ihre bildungspolitischen Reformvorhaben vorzustellen und mit den Mitgliedern einen Meinungsaustausch über aktuelle Fragen der beruflichen Bildung zu führen. SCHAVAN setzte damit eine Tradition fort, derzufolge schon ihre Vorgängerinnen und Vorgänger dem „Parlament der Berufsbildung“ einen Besuch abstatteten, um gemeinsam Ziele und Wege für die kommenden Jahre zu diskutieren. Aus diesem Anlass tagte der Hauptausschuss unter dem Vorsitz von Ingrid SEHRBROCK nicht, wie sonst üblich, am Bonner Dienstsitz des BIBB, sondern im Bundespresseamt in Berlin.

Die Bundesministerin stellte in ihrem Statement auf einige wesentliche Punkte von besonderer Relevanz ab. Zunächst dankte sie dem Bundesinstitut und dem Hauptausschuss für die Zusammenarbeit, dem Bundesinstitut insbesondere für die gute Begleitung ihrer Politik und für wichtige Impulse zur Erneuerung der beruflichen Bildung. Bei deren weiteren Modernisierung sei das BIBB ein wichtiger Partner. Die aktuelle erfreuliche Entwicklung der Ausbildungsvertragsbilanz zeige einen Zusammenhang mit dem Ausbildungspakt, dieser sei ein erfolgreiches Instrument. Die gute aktuelle Ausbildungsvertragsbilanz verdeutliche aber auch die Abhängigkeit des Ausbildungsstellenmarkts von der konjunkturellen Entwicklung und vom Arbeitsmarkt. Der Ausbildungspakt könne deshalb nicht alle Probleme lösen. Besonders wichtig seien ihr neue Ansätze zur Lösung der Problematik der sog. Altbewerber. Dies erfordere einen

differenzierten Blick auf das Feld und den betroffenen Personenkreis. Niemand wisse zu sagen, wie viele Personen dieser Gruppe wirklich eine duale Berufsausbildung wollen und warum viele der Betroffenen Beratungs- und Vermittlungsangebote nicht wahrnehmen. Auch gebe es keine genauen Erkenntnisse darüber, wie groß die Zahl derer, die nicht ausbildungsfähig sind, wirklich ist. Erst wenn man den betroffenen Personenkreis kennt bzw. auf differenziertere Daten zurückgreifen könne, könne man wirkungsvolle Impulse geben und Lösungsansätze verwirklichen. Solche Handlungsansätze dürften aber nicht weiter in die Zukunft verschoben werden, sondern müssten unverzüglich bis zum Ende des laufenden Ausbildungsjahrs entwickelt und auch umgesetzt werden, denn ein „Weiter so“ sei unverantwortlich.

Es gebe ein umfangreiches und ausdifferenziertes Übergangssystem, das die Haushalte der Länder erheblich belastete, ohne die gewünschten Erfolge zu zeitigen. Viele Jugendliche befänden sich ohne Perspektive für ihren weiteren Berufsweg in einer sog. Warteschleife. Damit aus Schule tatsächlich auch „verwertbare“ Bildung bzw. Ausbildung werde, müssen die Lernenden aber wissen, inwiefern ihnen der Unterricht nützt und wohin er sie führt. Eine zentrale Frage sei, wie man im Übergangssystem eine stärkere Verbindung zu Betrieben verwirklichen könne und wie sich einzelne berufsbezogene betriebliche Lernergebnisse zertifizieren lassen. In diesem Zusammenhang machte sie sehr deutlich, dass mit neuen Konzeptionen hier keine Modularisierung der Berufsbildung, keine Abschaffung von Berufsbildern und keine Ausbildungsplätze für Minderqualifizierte angestrebt werden. Gerade für den Kreis der Marktbenachteiligten bzw. der Altbewerber sollten daher Ausbildungsbausteine – beschränkt auf geeignete und marktgängige Berufe – entwickelt werden. Wichtige Zielsetzung sei es daher, Bildungsgänge transparent zu gestalten; nur so könnten Querverbindungen genutzt und individuelle Kompetenzen für die weitere Bildung im Lebenslauf gefördert werden.

Mit Bezug auf europäische Aufgaben der Berufsbildung griff SCHAVAN die Themen Europäischer Qualifikationsrahmen (EQR) bzw. Nationaler Qualifikationsrahmen (NQR) auf. Deren Entwicklung sei notwendig und beschlossene Sache, brauche jedoch Zeit. Ein guter Erfolg wäre, wenn es gelänge, auf den europäischen Prozess genügend Einfluss zu nehmen, um die Interessen der dualen Berufsbildung wirkungsvoll zu transportieren. In diesem Zusammenhang registriere sie ein hohes Interesse anderer EU-Staaten am dualen System – nicht nur derjenigen mit einem verwandten System wie Österreich oder, als Nichtmitglied, der Schweiz –, sondern namentlich aus mittel- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten. Gerade auch die vergleichsweise niedrige Jugendarbeitslosenquote in Deutschland überzeuge andere Partner von den Vorteilen der dualen Berufsbildung.

Wie ihre Vorgängerin, Edelgard BULMAHN, vertrat auch SCHAVAN den Standpunkt, dass Deutschland mehr Studierende an Hochschulen brauche. Wichtig sei aber, die Gleichwertigkeit der Bildungswege herzustellen. Dies gelinge am ehesten, wenn der Anteil der Personen, die das Abitur bzw. die Hochschulreife in Berufsbildungsgängen erwerben, erheblich sei. Die Konkurrenz um Eliten wirke belebend. Keinesfalls dürfe die berufliche Bildung auf den Aspekt der Integration der Schwachen reduziert werden, doch sei sie andererseits auch ein geeignetes Instrument, eine solche Integration zu leisten. Abschließend streifte die Ministerin noch kurz das Thema Weiterbildung, dessen Bedeutung zum Erhalt der beruflichen Qualifikation stetig wachse und das deshalb neue Impulse benötige. Sie betonte, dass Berufsbildung kein sich selbst erhaltendes System sei, sondern innovativer werden müsse. Die deutlichen Worte der Ministerin zu den drängenden Problemen der Berufsbildung und ihre klaren Reformvorstellungen hinterließen einen nachhaltigen Eindruck und machten deutlich, wie wichtig gemeinsame Anstrengungen zur Entwicklung pragmatischer Lösungswege sind.

Neben dem Besuch der Bundesbildungsministerin war ein weiteres zentrales Thema der Sitzung die aktuelle Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt. Walter BROSI nahm für das BMBF zur aktuellen Ausbildungsplatzsituation und zur Bilanz des Ausbildungsjahrs Stellung. Es seien sowohl nach Branchen als auch bezogen auf die einzelnen Länder viele positive Meldungen zu verzeichnen. Probleme gebe es vor allem durch die demographische Entwicklung und die hohen Altbewerberanteile, die jedoch nunmehr vor dem Hintergrund einer verbesserten wirtschaftlichen Situation angegangen werden könnten. Auch der Präsident des BIBB, Manfred KREMER, bezeichnete die aktuelle Ausbildungsplatzbilanz als relativ gutes, aber wegen der hohen Zahl an Altbewerbern noch nicht ausreichend positives Ergebnis. Das betriebliche Angebot habe sich verbessert. Die insgesamt positive Situation sei zurückzuführen auf Aktivitäten des Ausbildungspakts, aber auch auf die verbesserte Wirtschaftslage. Insofern könne man für 2007 relativ optimistisch sein, dass der Trend anhalte.

Im Anschluss an die Beratung über die Lage am Ausbildungsmarkt präsentierte Dr. Gisela DYBOWSKI erste Ergebnisse des BIBB zu Bildungsgängen an Berufsfachschulen nach BBiG/HWO einschließlich der Länder-Aktivitäten zur Umsetzung der §§ 7 und 43 Absatz 2 BBiG bzw. §§ 27a und 36 Absatz 2 HWO – anderthalb Jahre nach Inkrafttreten der Neuregelung. Das neue Berufsbildungsrecht sieht durch eine Ermächtigung der Landesregierungen vor, dass Absolventinnen und Absolventen einer schulischen Berufsausbildung einen erleichterten Zugang zur Kammerprüfung erhalten. In der Diskussion ging es vor allem um die Frage, inwieweit dadurch ein Substitutionseffekt zulasten der dualen Berufsausbildung erzielt und letztlich einem System-

wechsel hin zu einem schulischen Berufsbildungssystem Vorschub geleistet werde. Insgesamt wurde das Fazit gezogen, dass es für Schlussfolgerungen noch zu früh sei und die Entwicklung weiter beobachtet werden solle.

*Schavan:
Das Berufsbildungssystem muss
innovativer werden*

Mit dem jährlichen Forschungsprogramm 2007 des BIBB beriet der Hauptausschuss zum zweiten Mal seit Inkrafttreten des neuen BBiG einen entsprechenden Programmentwurf, der zuvor im wissenschaftlichen Beirat und im Unterausschuss Berufsbildungsforschung ausgiebig diskutiert worden war. Nach Ansicht des Vorsitzenden des wissenschaftlichen Beirats des BIBB, Prof. Dr. Dieter EULER, ist gegenüber dem ersten Programm ein merklicher Qualitätssprung festzustellen. Das Forschungsprogramm 2007 sei prägnanter, strukturierter und qualitativ besser als das Vorjahresprogramm. Die Zusammenarbeit mit dem BIBB und insbesondere mit dem Forschungsdirektor, Prof. Dr. Reinhold WEIB, verlaufe positiv. Anmerkungen und Ratschläge des wissenschaftlichen Beirats würden ernst genommen, die Auseinandersetzung sei fruchtbringend. Auch die Zusammenarbeit mit dem Unterausschuss Berufsbildungsforschung sei gut und gereiche zum Vorteil beider Gremien, die sich ergänzten: Während der Unterausschuss Berufsbildungsforschung die Projekte auf ihre Praxistauglichkeit prüfe, untersuche der wissenschaftliche Beirat deren wissenschaftliche Qualität. Kritisch bemerkte Prof. Dr. EULER, dass Fragen der Methodik noch nicht ausreichend klar dargelegt würden. In den Folgejahren soll diesbezüglich noch mehr Prägnanz und Verbindlichkeit erreicht werden. Dabei soll sich das BIBB an den Standards orientieren, die bei DFG-geförderten Projekten gelten. Insgesamt begrüßte er die stärkere Fokussierung der Forschung im jährlichen Forschungsprogramm 2007 auf sieben wissenschaftlich relevante Projekte. Sein Fazit: In der Summe bestehe Grund zur Zufriedenheit, aber nicht für Euphorie. Auch nach Ansicht von Wilfried MALCHER, dem Vorsitzenden des Unterausschusses Berufsbildungsforschung, ist eine Qualitätsverbesserung festzustellen. Man sei auf einem spürbar guten Weg, der noch vieler Schritte bedürfe und der konsequent fortgesetzt werden sollte. Nach kurzer Diskussion wurde dem jährlichen Forschungsprogramm in der vorgelegten Fassung zugestimmt.

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe des Hauptausschusses zur Erarbeitung eines Beitrags zur Gestaltung eines Natio-

nenalen Qualifikationsrahmens aus Sicht der Berufsbildung, Prof. Dr. Friedrich H. ESSER, berichtete über die Beratungen der Arbeitsgruppe und präsentierte den aktuellen Sachstand. Dem Antrag der Arbeitsgruppe zur Weiterführung der Arbeiten im Jahr 2007 wurde einhellig stattgegeben.

Im Anschluss daran stimmte der Hauptausschuss der neuen Empfehlung für die Regelung von Prüfungsanforderungen in Ausbildungsordnungen, die die Empfehlung Nr. 54 des Hauptausschusses vom 11. Februar 1980 ersetzt, zu. Julia GÖCKE, die Vorsitzende des Ad-hoc-Unterausschusses zur Aktualisierung der Empfehlung, hatte zuvor den Entwurf erläutert und über die Arbeit des Unterausschusses informiert. Die neue Empfehlung sei im Zuge langwieriger, aber produktiver Beratungen in „kleinen Schritten“ entstanden. Sie bestehe aus zwei Teilen: der Empfehlung selbst und der Anlage Prüfungsinstrumente. Gegenüber der bisherigen Empfehlung aus dem Jahre 1980 wurde neu geregelt, dass nunmehr der Prüfungsbereich die zentrale Einheit einer Prüfung ist. Er orientiere sich am Tätigkeitsfeld der Berufspraxis. Bei den Prüfungszeiten habe es einen kleinen Paradigmenwechsel gegeben, indem man nunmehr fixe Zeiten gegenüber den bisher üblichen Höchstzeiten empfehle. Die Vorsitzende dankte im Namen des Hauptausschusses allen Beteiligten für ihr Engagement und bezeichnete die Empfehlung als „kleine Revolution“, die in Zukunft einiges vereinfachen werde. Es sei ein gemeinsames Grundverständnis über die Prüfungsanforderungen erzielt worden, wie sie in Zukunft in Ausbildungsordnungen einfließen sollen. Der Text der Empfehlung samt der Anlage Prüfungsinstrumente liegt dieser Ausgabe der BWP bei.

Der Präsident gab im Anschluss an die Beratung der Empfehlung eine Einführung in das neue Leitbild des BIBB und informierte über die weiteren Umsetzungsschritte. Zugleich kündigte er einen erneuten Bericht im Hauptausschuss über den Stand der Neuorganisation für die Sondersitzung 2007 an. Die Vorsitzende sieht im Leitbildprozess einen weiteren Schritt und wichtigen Ansatz zur Neuausrichtung des BIBB. Sie wünschte gutes Gelingen für den eingeschlagenen Weg.

Auf Vorschlag der Beauftragten der Länder wurde Dr. Hans-Jürgen BERG, Beauftragter des Landes Rheinland-Pfalz, zum Vorsitzenden für das Jahr 2007 und auf Vorschlag der Arbeitgeber Joachim NIEBUHR, der künftige Sprecher der Gruppe der Arbeitgeber im Hauptausschuss, zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Für seine Sitzungen im Jahr 2007 legte der Hauptausschuss als Termine Donnerstag, 8. März, Mittwoch, 13. Juni, und Donnerstag, 13. Dezember, fest.

Außerdem wurden die Verordnungsentwürfe über die Berufsausbildung zum Brauer und Mälzer/zur Brauerin und Mälzerin und zum Mathematisch-technischen Software-

Entwickler/zur Mathematisch-technischen Software-Entwicklerin beschlossen. Bei der Anhörung von Rechtsverordnungen wurde dem Entwurf der Verordnung über die Prüfung zum anerkannten Abschluss geprüfter Bilanzbuchhalter/geprüfte Bilanzbuchhalterin und über die Befähigung zum Fertigen der Umsatzsteuer-Voranmeldung und dem Entwurf der Verordnung über die fachliche Eignung für die Berufsausbildung der Medizinischen-, Zahnmedizinischen- und Tiermedizinischen Fachangestellten sowie der Pharmazeutisch-kaufmännischen Angestellten zugestimmt. Schließlich beauftragte der Hauptausschuss den Ausschuss für Fragen behinderter Menschen (AFbM), Vorschläge zur Umsetzung der in der Empfehlung des Hauptausschusses vom 20. Juni 2006 zu Rahmenrichtlinien für Ausbildungsregelungen nach § 66 BBiG und § 42 HwO formulierten Ziele zu erarbeiten. Dazu sollen Kriterien und Standards entwickelt werden, welche zur Erhöhung der Transparenz bestehender Ausbildungsregelungen beitragen und die als Grundlage für eine Angleichung und ggf. Vereinheitlichung dieser Regelungen dienen können.

Die Vorsitzende hatte zu Beginn der Sitzung bekanntgegeben, dass ihr Stellvertreter, Dieter Georg FAUL, Sprecher der Länderbeauftragten, nach dreißigjähriger Mitgliedschaft Mitte November aus dem Hauptausschuss abberufen worden war. Aus gesundheitlichen Gründen hatte er seit dem Frühjahr 2006 nicht mehr an den Sitzungen teilgenommen. In den Jahren 2001 und 2004 hatte er als Vorsitzender des Hauptausschusses amtiert. Sie begrüßte als neue Mitglieder Monika WENZEL, Beauftragte des Landes Hessen, als Nachfolgerin für Dieter Georg FAUL, und Dagmar BUSCH, Beauftragte des Bundes (BMI), als Nachfolgerin für Ferdinand HEEL. Monika WENZEL wurde auf Vorschlag der Länder in den Ständigen Unterausschuss entsandt.